

## DENKMALSCHUTZ

Schwerpunkt der KGIV von 2016 ist auch 2017 aktuell – trotz Gesprächen.

## Frustpotenzial bleibt bestehen

Dorfkerne beleben, alte Gebäude nutzen und mit Licht füllen – dies wären aus Sicht der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine (KGIV) erstrebenswerte Massnahmen, um die Baselbieter Gemeinden auch für Kundinnen und Kunden wieder attraktiver zu machen. Doch die Investoren haben die Rechnung ohne den Wirt – in diesem Fall die Denkmalpflege – gemacht. So beklagte sich unter anderem der Gemeindepräsident von Oberdorf, **Piero Grumelli**, in einem vielbeachteten Gastkommentar am 23. März 2017 in der Sissacher «Volksstimme»: «Die Denkmalpflege und auch der Heimatschutz möchten Vergangenes für die Zukunft erhalten – was sehr löblich ist – und zerstören gleichzeitig das, was sie im Grunde schützen wollen.» Wer einmal das Vergnügen hatte, ein altes Haus in der Kernzone eines Dorfs sanieren zu müssen, der wisse, wie mühsam das sei, so Grumelli.

### Jedes fünfte KMU beklagt sich

Nicht ohne Grund hat darum die KGIV das Thema bereits 2016 als einen ihrer Schwerpunkte gesetzt. Aufgrund zahlreicher negativer Erfahrungen von Gewerblern hat die KGIV deswegen schon zwischen dem 29. Februar und dem 13. März des vergangenen Jahres eine Mitgliederumfrage durchgeführt. Thema: «Herausforderung Denkmalschutz – Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege».

Die Antworten zeigten auf: Das Frustpotenzial ist gross. Ein Fünftel der Teilnehmenden gab an, schon Probleme mit dem Denkmalschutz gehabt zu haben. So wurde etwa kritisiert, dass bei Entscheidungen eine gewisse Willkür wahrgenommen werde. Zudem zeigte sich ein grosser Unmut über fehlende Planbarkeit und Rechtssicherheit. Auch würden Entscheidungen vielfach auf den Kompetenzen der Staatsangestellten basieren, weniger auf rechtlichen Grundlagen. Und schliesslich verteuere das Ausführen der Arbeiten nach strikten Vorlagen das Bauen massgeblich.

### Gewerbe setzt Telefonsprechstunde durch

Im Rahmen einer Austauschsitzung am 18. April 2016 und einer weiteren Besprechung am 19. August stellten Vertreter der KGIV Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** und der kantonalen Denkmalpflege die Umfrageresultate vor. Einige konkrete Fälle wurden im Detail besprochen. Besonders intensiv diskutiert wurde über das Thema «Willkür» bei der Fallbearbeitung.

Auch die schwere Erreichbarkeit der Verantwortlichen aufgrund ihrer Teilzeitanstellungen war ein grösserer Stein des Anstosses. Als konkretes Ergebnis der Gespräche wurde vereinbart, eine Telefonsprechstunde einzuführen. Seit Oktober 2016 wird nun jeweils montags von 14 bis 16 Uhr eine Sprechstunde angeboten. Damit soll sichergestellt sein, dass alle Verantwortlichen am gleichen Nachmittag in der Woche per Telefon gut erreichbar sind.

Im Weiteren wurde erreicht, dass für die Gemeinden ein Musterzonenreglement erarbeitet wird. Dies erhöht die Planungssicherheit. Die Leitung der Planungsgruppe unterliegt dem Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG). Dieser ist derzeit im Begriff, die Arbeitsgruppe zu gründen. Bis Ende Jahr sollen gemäss Aussagen erste Ergebnisse vorliegen.

Laut KGIV-Geschäftsführer **Christoph Buser** bleibt der Denkmalschutz ein Schwerpunktthema der Fachgruppe. «Wir sind gespannt auf die revidierte Vorlage zur Gesetzesrevision «Denkmal- und Heimatschutzgesetz», welche die Regierung demnächst vorstellen will», sagt Buser. Derzeit sei noch nicht klar, welche Veränderungen das Gesetz erfahren werde. Die Vorlage des Regierungsrats stehe noch aus. «Die KGIV wird auch diesen Prozess eng begleiten und zu gegebenem Zeitpunkt informieren», sagt Buser. Zudem werde die KGIV bei Bedarf weiterhin Einzelfallbegleitungen anbieten. *Daniel Schindler*

**INTERVIEW** – «In den massgeblichen Gremien der Denkmalpflege sind modernere Ansätze gefragt, die auch den Bauherren entgegenkommen», sagt Schreinermeister Stephan Häfelfinger.

## «Es braucht mehr Leute vom Fach»

Für **Stephan Häfelfinger**, seit 2004 Inhaber und Geschäftsführer der gleichnamigen Schreinerei am Laimackerweg 2 in Sissach, steht fest: Beim Baselbieter Denkmalschutz braucht es mehr Fachleute aus der Praxis. Nur so seien für die Kundschaft – insbesondere die Bauherren – tragbare Kompromisse zu erreichen, sagt der eidg. dipl. Schreinermeister und Chef von sechs Fachkräften und zwei Lernenden im Standpunkt-Interview.

**Standpunkt:** Herr Häfelfinger, wo drückt in Ihrer Branche der Schuh im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz?

■ **Stephan Häfelfinger:** Ich habe das Gefühl, dass vielfach noch veraltete Detaillösungen vorhanden sind, an denen man hängt. Häufig ist es so, dass der Kunde schon teurer bauen muss, weil ein Objekt unter Denkmalschutz steht. Schliesslich ist er gezwungen, eine abgespeckte oder gar veraltete Lösung umzusetzen. Er muss mehr Geld ausgeben und ist dann technisch trotzdem nicht auf dem neusten Stand. Die Vorschriften und Auflagen vonseiten Denkmalpflege sind oftmals einfach zu eng gefasst. Hier fehlt schlichtweg die Sichtweise der Bauherren.

### Was sind die Folgen?

■ Im extremen Fall verzichten die Bauherren auf eine Sanierung. Das ist unbefriedigend für alle Beteiligten. Wichtige Investitionen werden nicht vorgenommen, sei es im Einbruchschutz, sei es bei der energetischen Sanierung. Das betrifft gerade auch unser Spezialgebiet: die Fenster.

### Wo liegen in diesem Bereich die Herausforderungen?

■ Es sind in der Regel Kleinigkeiten, es handelt sich vor allem um technische Herausforderungen. Man



Hat nicht nur an der Säge viel zu tun, sondern auch mit dem Denkmalschutz: Stephan Häfelfinger fordert, dass in den entsprechenden Gremien mehr Fachleute aus dem Gewerbe vertreten sind, damit Kompromisslösungen gefunden werden, die sowohl dem Denkmalschutz als auch den Bauherren entgegenkommen.

FOTO DAN

braucht heute zum Beispiel zwei oder drei Dichtungen mehr als noch vor Jahren, wenn man eine Fenstersanierung energetisch optimal durchführen will. Und das braucht halt Platz. Diesen dürfen wir oftmals aus Gründen des Denkmalschutzes nicht ausnutzen. Es gab schon Fälle, in denen wir wegen der entsprechenden Auflagen viel Material hätten wegschneiden müssen, um Platz zu schaffen – und der Bauherr das nicht auf sich nahm.

### Wer wäre in dieser Frage gefordert?

■ Es müssten beide Seiten – Denkmalschutz und Gewerbe – zusammen-

sitzen und pragmatische Lösungen suchen. Das müsste wohl sogar branchenspezifisch geschehen, damit auch die Fachleute vertreten sind. Diese kennen die technischen Details, die sich stetig ändern. So wären tragbare Kompromisse möglich. Und so könnte man die Lösungsansätze an den heutigen Stand anpassen. Das heisst: In der Denkmalpflege und auch beim Ortsbildschutz braucht es mehr Leute vom Fach.

*Ist es seit den Gesprächen der KGIV mit der Denkmalpflege im vergangenen Jahr zu Verbesserungen gekommen?*

■ Besser wurde die Erreichbarkeit der Behörden. Das ist positiv. Aber die Detailausarbeitung ist noch nicht vollzogen. Hier braucht es moderne Ansätze. Es müssen Kompromisslösungen sein, die nicht nur dem Denkmalschutz entgegenkommen, sondern auch den Bauherren.

### Welchen Rat geben Sie den Bauherren in dieser Situation?

■ Versuchen Sie, die Denkmalpflege frühzeitig miteinzubeziehen. Man ist dort durchaus kooperativ. Mir scheint es, dass sich dies ebenfalls verbessert hat nach dem Austausch mit der KGIV. *Interview: Daniel Schindler*

**VORSTÖSSE** – Sowohl im Kanton als auch auf Bundesebene wollen Parlamentarier den zunehmenden Einschränkungen für Investoren und Gebäudeinhaber aufgrund des Denkmalschutzes Herr werden.

## Denkmalpflege: Politiker sind alarmiert

Firmengelände, die brachliegen. Alte Fabrikationsgebäude, die kaum erneuert werden. In die Jahre gekommene Häuser, die niemand saniert. Die Bausubstanz im Baselbiet ist mancherorts fragwürdig. Das liegt nicht zuletzt am Bund – genau genommen am ISOS-Inventar (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung). Dieses ist für das Baselbiet seit dem 1. Juni 2013 in Kraft. Und seither sind Gebäudeeigentümer mit teils erheblichen Einschränkungen konfrontiert, etwa bei eigentlich nicht bewilligungspflichtigen Solaranlagen.

### Gemeinden zu wenig informiert

Für Landrat **Hansruedi Wirz** ist diese Situation unannehmbar. Das gelte umso mehr, als es für die Gemeinden die Möglichkeit gäbe, eine raumplanerische Interessensabwägung vorzunehmen. Die ISOS-Schutzzonen sind zwar fachlich zu überprüfen, nicht aber eins zu eins umzusetzen. «Dies ist jedoch längst nicht allen Gemeinden bekannt und löste bzw. löst zuweilen Unsicherheiten aus», schreibt Hansruedi Wirz in einem parlamentarischen Vorstoss, der dem-



Wird sich schon bald mit einem Vorstoss von Hansruedi Wirz, Landrat und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Baselland, befassen: Der Baselbieter Landrat.

FOTO ARCHIV

nächst überwiesen werden dürfte. Laut Wirz soll die Regierung sicherstellen, «dass alle Gemeinden über die Möglichkeit einer raumplanerischen Interessensabwägung bei ISOS informiert werden». So können sie mühsame Hürden für die betroffenen Liegenschaftsbesitzer aus dem Weg räumen.

Überdies will Wirz wissen, wie viele Gebäude im Baselbiet aufgrund der

ISOS-Kategorisierung und -Schutzzoneneinteilung oder aufgrund von anderweitigen denkmalschützerischen Vorgaben nicht genutzt werden können, weil die Auflagen und damit verbundenen Kosten für potenzielle Investoren zu hoch ausfallen. Bereits erledigt ist eine Interpellation von Wirtschaftskammerdirektor und Landrat **Christoph Buser**. Dabei ging es um die Frage, welche Bauten und

Anlagen im Kantonsbesitz aktuell im Bauinventar Baselland (BIB) als «kantonal zu schützen» und gleichzeitig im kantonalen Inventar der geschützten Kulturdenkmäler (IKD) aufgeführt sind.

Dies vor dem Hintergrund, dass solche Gebäude gemäss Denkmalschutz möglicherweise höheren Anforderungen genügen sollen, weil diese zu einem späteren Zeitpunkt ins IKD aufgenommen werden könnten. «Entsprechend würden die Bauherren seitens der Kantonalen Denkmalpflege vorsorglich mit zusätzlichen baulichen Anforderungen konfrontiert», schreibt Buser.

### Vorstösse beim Bund noch hängig

Auf Bundesebene noch offen sind zwei Interpellationen von **Daniela Schneeberger**. Während der eine Vorstoss der Baselbieter Nationalrätin fordert, unnötige Hürden aufgrund von ISOS bei der Bewilligung von Solaranlagen abzubauen, verlangt der andere, die ISOS-Aktualisierungen auf Stufe Bund herunterzufahren. Damit soll die Planungssicherheit für die Kantone und die Gemeinden verbessert werden. *Daniel Schindler*